



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

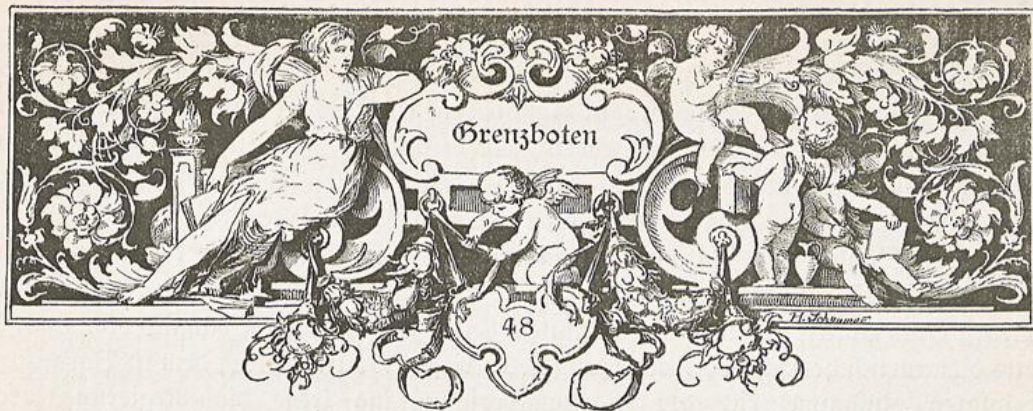
**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Der Parlamentarismus, Gambetta und Frankreich.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Der Parlamentarismus, Gambetta und Frankreich.



Der neue Abschnitt in der Geschichte der französischen Republik, den die Wiedereröffnung der Kammern bezeichnet, giebt uns Veranlassung, an einem Rückblick auf die zwölf Jahre des Lebens dieser Republik zu zeigen, ob der Parlamentarismus und ob demokratische Regierungsgrundsätze sich für Frankreich eignen, und da Gambetta in diesen Fragen eine Hauptrolle gespielt hat, so wird auch auf ihn weiteres Licht fallen als in unsrer letzten Besprechung der Angelegenheit. An die Spitze stellen wir die Behauptung: der Parlamentarismus taugt, wie für keinen festländischen Großstaat, so auch nicht für Frankreich. Er hat Frankreich im Innern haltlos und wenig fruchtbar an Reformen, nach außen hin unzuverlässig und mehr oder minder einflußlos gemacht, indem die Parteien zur Begründung dauernder ministerieller Kammermehrheiten unfähig waren und blieben; die demokratischen Regierungsgrundsätze aber schwächten die Staatsgewalt und führten, indem sie kein Gegengewicht gegen das immer weiter Nachlinksgleiten der Gesetzgebung boten, zu Zuständen, in denen man über kurz oder lang vor die Wahl zwischen dem Chaos der Anarchie und der Diktatur gestellt sein wird, die sich vermutlich bald in Monarchie verwandeln würde. Als Beweis für die erste dieser Behauptungen könnte die einfache Thatsache genügen, daß „das erste der drei seit der Septemberkatastrophe von 1870 gewählten französischen Parlamente im Voritz des Ministeriums acht, das zweite fünf und das dritte binnen zehn Monaten drei Veränderungen herbeigeführt hat, daß binnen zwölf Jahren zwei ultramontane und drei republikanische Perioden über Frankreich hinweggegangen sind, daß während des auf den Kommuneraufstand folgenden Jahrzehnts kein einziges sozialreformatorisches Gesetz zustande gekommen ist, daß ferner alle Versuche zum Abschlusse von Allianzen und zur Wiederherstellung von Frankreichs

Grenzboten IV. 1882.

53

europäischer Stellung gescheitert, und daß endlich die unzweifelhaft großen und wichtigen Interessen des Landes in Ägypten in einer Weise preisgegeben worden sind, die in der Geschichte der neuern Zeit beispiellos dasteht.“ (Aussichten des deutschen Parlamentarismus, S. 17 ff.) Wir wollen indeß die Entwicklung der Dinge mehr ins einzelne verfolgen. Sie ist sehr lehrreich.

Die Wahlen zur Nationalversammlung, die im Februar 1871 stattfanden, ergaben eine starke konservative Majorität, vorzüglich weil das Land Frieden mit Deutschland wollte, und weil die Radikalen, besonders Gambetta, damals von Tours aus diktatorisch herrschend, Fortsetzung des Krieges wollten. Nach dem in Bordeaux erfolgten Zusammentritt der Nationalversammlung legte die Regierung der nationalen Verteidigung ihr Amt nieder, und jene wählte Thiers, der in nicht weniger als zwanzig Departements ein Mandat als Volksvertreter erhalten hatte und sich bald als umsichtiger und geschickter Staatsmann bewähren sollte, zum Chef der ausführenden Gewalt. Getreu seinem vorläufigen Programm, welches Waffenstillstand zwischen den verschiedenen Parteien bis zum Frieden mit den Deutschen forderte, setzte er sein Ministerium aus Männern verschiedener politischer Richtung zusammen, doch so, daß die gemäßigten Republikaner darin überwogen. Der Friede war aber kaum geschlossen und die Dynastie Bonaparte des Thrones für verlustig erklärt, als die Parteien den innern Kampf wieder aufnahmen. In der Mehrheit der Nationalversammlung zeigte sich starke Neigung zur Wiederherstellung der Monarchie. In Paris brach der Aufstand der Kommunisten und Anarchisten aus. Nach Dämpfung desselben versuchten es die monarchischen Parteien, durch Versöhnung der Bourbonen mit der Familie Orleans eine Restauration des Königtums herbeizuführen, das Experiment wurde aber durch die verblendete Halsstarrigkeit des Grafen Chambord vereitelt, der alle Zugeständnisse an die neue Zeit verweigerte. Andererseits erwarb die Thiers'sche Verwaltung der Republik in der Nationalversammlung und im Lande täglich mehr Freunde. Jene wählte Ende August 1871 Thiers auf drei Jahre zum Präsidenten der Republik und nahm eine Art provisorische Verfassung an; dieses zog bei den Nachwahlen vielfach den monarchistischen Kandidaten republikanische vor. Immerhin aber bildeten die Monarchisten in der Volksvertretung noch die Mehrheit. Wie sie im Juli durch eine der weltlichen Gewalt des Papstes günstige Tagesordnung Favre zum Rücktritt vom Ministerium des Außern gezwungen, so bewirkte sie im August die Auflösung der Nationalgarde in ganz Frankreich. Nach den Ergänzungswahlen vom Januar 1872 setzte sich die Nationalversammlung aus 54 legitimistischen Ultras, 90 gemäßigten Legitimisten, 200 Orleanisten, 30 Bonapartisten, 170 gemäßigten und 110 entschiedenen Republikanern und 60 Radikalen unter Gambetta zusammen.

Thiers war grundsätzlich für die verfassungsmäßig beschränkte Monarchie, entschied sich aber für die Republik, weil er es angesichts der Spaltung des Landes in drei monarchische Parteien und eine Anzahl republikanischer Frak-

tionen, die zusammen nicht sehr viel schwächer waren als die Monarchisten, für unmöglich hielt, den Bürgerkrieg fernzuhalten. Sein Ideal war Zusammenwirken der Patrioten aller Farben, die Republik sollte eine konservative und, wie er sich einmal äußerte, „von Nichtrepublikanern regierte“ sein, der sich gemäßigte Konservative und Monarchisten in Anerkennung ihrer Unvermeidlichkeit anschließen könnten. Im Streben nach Verwirklichung dieses Wunsches begünstigte er aber ultramontane Pläne, wodurch er der Linken verhaßt wurde, und wies das Verlangen der Rechten nach Förderung ihrer Restaurationsprojekte zurück, wodurch er sich auch diese Seite des Parlaments entfremdete. Sicher wäre er schon jetzt gestürzt worden, wenn man seiner nicht zur Ordnung der Finanzen Frankreichs dringend bedurft hätte. Als diese Rücksicht weggefallen war, ging die Rechte ohne Verzug an seine Beseitigung durch allerlei Intriguen und Koalitionen. Es war eine Kommission zur Regelung der Staatsgewalten niedergesetzt worden, die jedoch sehr langsam arbeitete. Im März beantragte dieselbe: „Die Nationalversammlung wird sich nicht eher trennen, als bis sie über die Organisation der gesetzgebenden und ausführenden Gewalt, über die Errichtung und die Befugnisse einer ersten Kammer und über das Wahlgesetz Beschluß gefaßt hat,“ und dieser Antrag wurde von Thiers mit Hilfe der Rechten durchgesetzt. Nicht lange darauf aber zwang die Rechte Grevy, den gemäßigt republikanisch gesinnten Präsidenten der Versammlung, zum Rücktritt und ersetzte ihn durch Buffet, und am 23. Mai 1873 brachte sie ein Mißtrauensvotum gegen das von Thiers aus dem linken Zentrum, d. h. der Gruppe der gemäßigten Republikaner, ergänzte Ministerium ein, und dasselbe ging, nachdem Thiers am Tage darauf erklärt hatte, er halte die Monarchie zur Zeit für unmöglich und die konservative Republik für notwendig, mit 360 gegen 344 Stimmen durch. Die Folge war, daß nicht bloß das Cabinet, sondern auch Thiers zurücktrat.

Darauf wählte die Rechte (die Linke enthielt sich der Abstimmung) den Marschall Mac Mahon zum Präsidenten der ausführenden Gewalt, und dieser umgab sich mit einem aus Legitimisten, Orleanisten und Bonapartisten zusammengesetzten Kabinette, in welchem Broglie den Vorsitz übernahm. Dasselbe begünstigte zunächst die Alerikalen, dann auch die Bonapartisten, deren Wohlwollen er bedurfte, und die von jetzt an stärker wurden. Sein Programm aber war Einigkeit der konservativen Parteien und Aufschub endgiltiger Beschlüsse über die Verfassungsform. Nachdem die Versammlung sich im Juli vertagt hatte, nahmen die Legitimisten und Orleanisten das Projekt der Fusion wieder auf, und dasselbe war dem Gelingen nahe, als der Graf Chambord es abermals zum Scheitern brachte, indem er von nun an jedes Zugeständnis an die modernen Ideen von sich wies. Als die monarchischen Fraktionen sich darauf zu einer Verlängerung des Provisoriums vereinigten, Mac Mahon aber die Herstellung einer Exekutive von mehr Dauer verlangte, beschloß die Versamm-

lung im November Verlängerung seines Präsidiums auf sieben Jahre, das sogenannte „Septennat,“ und einige Tage nachher wurde das Kabinet, wieder unter Broglie, neu gebildet. Durch weitere Begünstigung des Ultramontanismus von seiten der Regierung, die zu allerhand Demonstrationen, Wundern und Wallfahrten führte, und durch ihre Ratlosigkeit in Betreff der Zukunft entfremdeten sich die Legitimisten und Orleanisten einen großen Teil der Bevölkerung, und es handelte sich bald nur noch um die Frage: ob Wiederaufrichtung des Kaisertums oder definitive Feststellung der Republik. Die Wage neigte sich zunächst der ersten Alternative zu, indem bei den Nachwahlen im Februar 1874 die Reihen der Bonapartisten Verstärkung erhielten. Dieselben vereinigten sich mit den Gruppen der Linken, um ein von Broglie vorgeschlagenes Wahlgesetz zu Falle zu bringen, welches das allgemeine Wahlrecht stark beschränkte, und Broglie nahm seine Entlassung. Sein Nachfolger Cissey verfolgte dessen Politik ebenfalls, und in der Nationalversammlung bewahrten die drei monarchischen Parteien immer noch die Oberhand und vereitelten noch geraume Zeit alle Anträge auf endgiltige Reorganisation des Staates. Doch Mac Mahons Vorschlag, das Septennat zu organisiren und nur den endgiltigen Charakter der Regierungsform unentschieden zu lassen, wurde von der Mehrheit abgelehnt, und das Kabinet reichte seine Entlassung ein. Noch während der Ministerkrisis begann am 21. Januar 1875 in der Nationalversammlung die Beratung der konstitutionellen Gesetze, und bei der zweiten Lesung nahm eine Mehrheit, die aus der Linken und einem Teile des rechten Zentrums (d. h. der Orleanisten) bestand, ein Amendement Wallons an, welches bestimmte, daß der Präsident „der Republik“ von zwei Kammern auf sieben Jahre zu wählen und dann wieder wählbar sein sollte (30. Januar). Später verstärkte sich die sehr schwache Majorität (353 gegen 352), mit welcher dies beschlossen worden, in der letzten Woche fand auch das ebenfalls von Wallon beantragte Gesetz wegen Bildung einer ersten Kammer (Senat) Annahme, und zwei Tage nachher gingen die gesamten Verfassungsgesetze, welche die Republik definitiv feststellten, mit der ansehnlichen Majorität von 436 gegen 262 Stimmen durch. Die monarchischen Gruppen waren infolge ihrer Uneinigkeit besiegt, das Provisorium war vorüber, und Mac Mahon mußte sich zur Bildung eines neuen Kabinetts bequemen, an dessen Spitze Buffet stand. Der Thierssche Gedanke schien sich verwirklichen zu sollen. Die neue Republik wurde zunächst von Männern, die sie nur notgedrungen wollten, und teilweise von Gegnern dieser Staatsform verwaltet. Das hätte unter günstigen Umständen nützen können. Wie die Dinge aber lagen, führte es zu Zuständen, welche für die aufrichtigen Republikaner in den ersten beiden Jahren nicht viel erfreulicher waren als die früheren. Zwar wurde die Deputiertenkammer durch die Wahlen und Nachwahlen mit jeder Session eine festere Stütze des republikanischen Baues, aber die Gegner desselben hatten im Senat die große Mehrzahl der Stimmen für sich. Kein Ministerium ver-

mochte sich lange zu behaupten, in der Umgebung des Präsidenten wurden reaktionäre Pläne gesponnen, und im Mai 1877 nahm das Kabinet Broglie einen Anlauf zur Errichtung eines streng konservativen und zugleich klerikalen Parteiregiments, wodurch sich im ganzen Lande eine Leidenschaftlichkeit der Gegensätze entzündete, die sich erst legte, als die Wahlen im Oktober den Republikanern zur weit überwiegenden Mehrheit in der Deputirtenkammer verhalfen. Damit und mit der Entlassung des Ministeriums, an dessen Stelle ein Kabinet unter dem gemäßigten Republikaner Dufaure trat, begann ein neuer Abschnitt im Leben der Republik. Das Gleichgewicht der Parteien blieb dadurch gewahrt, daß die obere Hälfte der Gesetzgebungsmaschine die untere von radikalen Arbeiten abhielt, und es walteten ruhige und im wesentlichen befriedigende Zustände ob, bis die Senatorenwahlen vom 5. Januar 1879 einen Umschwung herbeiführten. Von jetzt an herrschten in beiden Kammern die Fraktionen der Linken. Indes brauchte das nicht unbedingt zu schaden, wenn die Republikaner sich in ihrem Glücke zu mäßigen verstanden, nicht ins radikale Fahrwasser gerieten und dem Volke nicht durch Überstürzung den Glauben nahmen, die Republik gewährleiste ihm die ersuchte Entwicklung in Ruhe und Frieden.

Zunächst schien man diese vorsichtige Politik adoptiren zu wollen. Zwar wurde der Präsident Mac Mahon, der mit Recht als stiller Gegner der Republik angesehen wurde, durch Zumutungen, die ihm unerfüllbar schienen, genötigt, zurückzutreten. Aber der Umschwung vollzog sich ohne Schwierigkeit, und die Wahl des Nachfolgers Mac Mahons schien den rechten Mann getroffen zu haben. Die Republikaner zeigten sich dabei einig und gemäßigt. Wurde in gleichem Sinne fortgefahen, so konnte der 30. Januar 1879 den Anbruch einer neuen Ara stetiger und gedeihlicher Entwicklung bedeuten. Grevy war kein Thiers, er war nicht besonders populär und kein solches staatsmännisches Talent wie dieser. Aber er besaß gleich ihm gesunden Menschenverstand, und man durfte hoffen, daß er die Republik vor der Parteiherrschaft zu schützen wissen werde. Auch die Ministerkrisis, die der Regierungskrisis rasch folgte, hatte keine große Bedeutung. Dufaure, der dem rechten Zentrum angehörte, machte Waddington, einem Mitgliede des linken Zentrums, Platz, immerhin aber befanden sich unter seinen Kollegen zwei Abgeordnete der republikanischen Linken, sodaß das neue Kabinet um eine Schattirung fortschrittlicher gefärbt erschien als das bisherige. Bedenklicher schon war der Satz in der Botschaft, in welcher Grevy sein politisches System entwickelte, hinfort werde parlamentarisch regiert werden, und noch mehr Bestürzungen mußte es erwecken, daß der neue Präsident und seine Minister sich fast in allen Beziehungen zu wenig entschlossen und zu nachgiebig zeigten, wenn es den Forderungen der Radikalen entgegenzutreten galt. Namentlich war dies in der Amnestiefrage der Fall. Der schon seit einigen Jahren als Führer der republikanischen Linken wieder

stark hervorgetretene, jetzt zum Präsidenten der Deputirtenkammer erwählte Gambetta suchte durch eifriges Wirken für die Begnadigung der deportirten Kommunarden die noch weiter links als er stehenden Elemente an sich zu ziehen und ferner der Gesetzgebung eine Richtung zu geben, welche die radikalen Demokraten befriedigen und die gemäßigte Partei zurückdrängen und von den Konservativen trennen sollte. Diese Absicht wurde so vollständig erreicht, daß von den fünf Ministerien, die während der Dauer des zweiten Parlaments amtierten (Dufaure, Waddington, Freycinet, Ferry und Freycinet abermals), sich kein einziges länger als einige Monate zu behaupten vermochte. Man nahm an, Festigkeit werde erst in die Regierung kommen, wenn Gambetta selbst als Premier die Leitung der öffentlichen Geschäfte in die Hand nähme. Indes scheiterte sein Versuch, durch Veränderung des Wahlsystems (Einführung des Listenskrutiniums) eine Grundlage zur Befestigung seiner Stellung gegenüber der Volksvertretung zu gewinnen, indem nur die Deputirten und auch diese nur mit schwacher Mehrheit darauf eingingen. Darauf folgte sofort die Auflösung der bisherigen Deputirtenkammer, und die Augustwahlen von 1881 ergaben eine Kammer, mit welcher Gambetta, wie es schien, zufrieden sein konnte. Sie waren ein Verdikt, das die Zufriedenheit des französischen Volkes mit der republikanischen Regierungsform ausdrückte, für welche er seit Jahren mit allen Mitteln gekämpft hatte. Unzweifelhaft hatte er dabei auch persönliche Zwecke im Auge gehabt, Macht, vielleicht eine verhüllte Alleinherrschaft; gefördert hatte er die Sache der Republik aber doch, und so mußte es ihn mit Genugthuung erfüllen, als er seine Politik jetzt zum zweitenmal durch eine überwältigende Mehrheit der Franzosen gutgeheißen sah. Es waren nur 90 Monarchisten gewählt. Doch fehlte dem Bilde auch der Schatten nicht: die Radikalen, denen Gambetta sich in so vielen Dingen genähert hatte, waren keineswegs versöhnt, sondern im Gegenteil entschlossen, ihm, dem Führer der bürgerlichen Demokratie, bis aufs äußerste Opposition zu machen, und sie gewannen namentlich in Paris und andern großen Städten fortwährend mehr Anhang. Wollte Gambetta Kontrolle der Geistlichkeit, Umgestaltung des Senats und Modifikation der Aushebung für das Heer, so verlangte Clemenceau und seine Partei völlige Trennung des Staates von der Kirche, Abschaffung der ersten Kammer, Ersetzung der Armee durch eine Nationalmiliz und Wahl der Richter durch das Volk. Ferner hatten die Wahlen zwar die Republik gestärkt, nicht aber Gambettas persönliche Stellung. Als die Deputirtenkammer sein Listenskrutinium schließlich trotz der Abneigung Grevys angenommen hatte, war er nach seiner Vaterstadt Cahors gegangen und dort beinahe mit fürstlichen Ehren empfangen worden. Dieser Triumph mußte ihm aber schaden, er verstimimte viele aufrichtige Republikaner und erweckte Eifersucht, Neid und schlimme Befürchtungen. Das bestätigte sich bei den Wahlen. Der Senat hatte das Listenskrutinium verworfen, bei dem Gambetta sicher, wie einst Thiers, in zwanzig Departements

gewählt worden wäre, und wenn man trotzdem hoffte, er werde viele Mandate erhalten, so traf das nicht zu. Die Franzosen trauten dem System, bei dem ein Mann gebietet, nicht mehr so wie bisher, sie waren nicht geneigt, sich die kaum noch verhüllte Diktatur eines Parteiführers, wie bedeutend dessen Fähigkeiten auch waren, ferner gefallen zu lassen. Dennoch blieb Gambetta der erste Mann in der durch die Wahlen wesentlich vermehrten republikanischen Majorität der Deputirtenkammer und deshalb deren Leiter, wenn sie zusammenhielt. Nach dem parlamentarischen System mußte er infolge dessen Premierminister werden und zeigen, was er in verantwortlicher Stellung vermochte. Er zeigte, daß er trotz seiner Rednergabe, seines Einflusses und seiner vielen Verbindungen wenig vermochte. Nach außen wie im Innern erweckte er nur Argwohn, in der ägyptischen Angelegenheit begegneten seine Vorschläge einer Ablehnung von seiten Englands, zuletzt fiel er durch eine Kammerabstimmung über sein Lieblingsprojekt. Als er sein Ministerium gebildet, machte er eine Revision der Verfassung zur Bedingung seines Verbleibens im Amte, und die Kammer schien geneigt, ihm ein williges Ohr zu leihen. Aber verstrickt und befangen von dem Gedanken an das Listenskrutinium, nahm er dasselbe in die Reihe seiner Verbesserungsvorschläge auf und forderte beide Häuser der Volksvertretung auf, es der Verfassung einzuverleiben. Dieser Vorschlag war eine Überraschung. Er erweckte nicht bloß Verdruß, sondern zugleich tiefes Mißtrauen, er entflammete nicht bloß die neugewählten Abgeordneten, welche den Verlust ihrer Mandate fürchteten, sondern erfüllte auch viele andre mit schweren Bedenken. Man glaubte ihm nicht, wenn er versicherte, nicht die Diktatur zu erstreben. Er ging, nachdem er kaum drei Monate am Ruder gewesen, und am 28. Januar d. J. erhielt Freycinet vom Präsidenten Grevy den Auftrag, ein neues Kabinet zu bilden.

Es schien mit Gambettas Allmacht zu Ende zu sein. Indes blieb er bei der Lage der Dinge immerhin mächtig genug, um keine andre Regierung dauernd im Besitze der Macht zu lassen. Die Republik schien konsolidirt, aber die Republikaner waren es offenbar nicht. Die Majorität war in drei nicht so sehr durch Grundsätze als durch persönliche und Fraktionsinteressen auseinandergehaltene Gruppen gespalten, und welche von diesen an der Gewalt war, behauptet sich lediglich durch die gegenseitige Eifersucht der beiden andern. Freycinet blieb an der Spitze der Verwaltung nicht, weil er der Mehrheit als der rechte Mann galt, sondern weil die äußerste Rechte und die beiden am weitesten links stehenden Cliques der Kammer ihn für ihre Absichten nicht so gefährlich ansahen als Gambetta. Die Deputirten, welche diesen zum Rücktritt von der Ministerpräsidentenschaft nötigten und nun seine Rache zu fürchten hatten, stimmten auch weiterhin gegen seine Pläne, ohne deshalb die Freycinetschen stark und stetig zu unterstützen, sodaß auch dieses Ministerium schwach blieb und infolge dessen kein energisches Vorgehen wagte, vielmehr fast alle Reformen

im Innern nach Möglichkeit hinausshob und nach außen zaghaft auftrat. Sehr viel trugen dazu die Gambettisten bei, die ihr äußerstes thaten, um die Bestrebungen Freycinets zu vereiteln. Ein Beispiel ihres Verfahrens ist folgendes. Die Regierung legte der Kammer ein Haftpflicht- und ein Unfallversicherungsgesetz vor, die noch unter Gambettas Regiment (von Faure) ausgearbeitet waren. Als sie aber von der neuen Regierung eingebracht wurden, ließ Gambetta seine Gefolgschaft gegen sie votiren, damit sein Nachfolger keinen positiven Erfolg aufzuweisen habe. Man verwarf also Gesetzentwürfe, die man selbst angefertigt, nur deswegen, weil ein Gegner sie empfahl. Ebenso ließ die Fraktion Gambettas Freycinet im Stiche, als er in der ägyptischen Sache eine Geldbewilligung verlangte, die auf etwas hinauslief, was wenigstens annähernd auf das hinauslief, was Gambetta als Minister selbst gefordert hatte, und was überdies ein wichtiges Interesse Frankreichs gefördert hätte. So mußte vor dieser Unfähigkeit der Republikaner, sich zu einigen, auch Freycinet abdanken. Er machte Duclerc Raum zu neuen Regierungsexperimenten, die bis jetzt nicht besser geglückt sind als die seiner Vorgänger im Amte. Derselbe hat sich eifrig bemüht, zwischen den Gruppen der republikanischen Mehrheit den Frieden herzustellen, wesentliches aber hat er nicht ausgerichtet.

Blicken wir auf die Arbeit des französischen Parlamentarismus seit 1871 und auf die Früchte der demokratischen Grundsätze, die in den letzten fünf Jahren geltend gemacht wurden, zurück, so begegnen wir einer Reihe von Schwankungen und Widersprüchen, die geradezu erstaunlich ist. In elf Jahren zehnmaliger Wechsel in der auswärtigen Politik, zwölf Kriegsminister, ebensoviel Justizminister nacheinander, nicht weniger als zweiundzwanzig Minister des Innern und so ähnlich in den andern Fächern der Verwaltung. Man vergleiche die lange Tabelle in der oben angeführten Schrift, deren Verfasser fortfährt: „Eine Periode der Vorherrschaft klerikaler Tendenzen, welche ein Unterrichtsgesetz wie dasjenige vom 2. Juli 1875 möglich machte, und fünf Jahre später Unterrichtsgesetze, die den Religionsunterricht aus der Volksschule ausschließen. . . Vierjährige saure Arbeit an der Herstellung einer Verfassung, und unmittelbar darauf heisse Kämpfe um die Umgestaltung des Wahlrechts und um die »Reform« des Senats (d. h. dessen Demokratisierung oder Abschaffung). Nach erfochtenem Siege der republikanischen Partei tödtliche Feindschaften zwischen den einzelnen Fraktionen derselben und noch zahlreichere Ministerwechsel als zur Zeit des Streites zwischen Republikanern und Monarchisten. Beständige Klagen über die Abhängigkeit und Gesinnungslosigkeit des mittlern, allen Systemen gleich dienstbaren Beamtentums und dabei freche Versuche, durch Beseitigung der Unabsetzbarkeit der Richter die Unabhängigkeit der Magistratur zu brechen und die richterliche Gewalt zur Beute des Siegers zu machen. . . Während man sich in glänzenden Versprechungen von der Wiederherstellung der dominirenden äußern Stellung Frankreichs ergeht, wird eine diplomatische Isolierung des Landes zu-

wege gebracht, die dasselbe nicht nur von jedem Einflusse auf die gesammteuropäische Politik, sondern von der Verfolgung seiner nächsten vitalsten Interessen ausschließt. Die erfolgreich in Angriff genommene Reorganisation der Armee endlich erlahmt immer wieder, weil ihre Grundlage bei jedem Systemwechsel in Frage gestellt wird.“

Es wäre ein Wunder, wenn diese Beobachtungen spurlos an den Franzosen vorübergegangen wären. Die unaufhörlichen Ministerkrisen, die Ausschließung Frankreichs von fernem Einfluß auf die Ordnung der Dinge in Ägypten und die Erbitterung der Konservativen und der Sozialdemokraten über das bisherige Regiment beginnen ihre Früchte zu tragen. Ermutigt durch die unheilbare Zerfahrenheit der Kammermajorität haben die Letztern ihr Haupt erhoben und die herrschende Klasse durch Drohungen und Gewaltthaten aller Art erschreckt. Die Konservativen, mit Recht voll Zorn über das letzte Unterrichtsgesetz und die beabsichtigte Herabsetzung des Richterstandes, reden offen davon, daß die Republik abgewirtschaftet habe, und auch in andern Kreisen scheint diese Meinung überhand zu nehmen. Es sieht aus, als ob nur Unterwerfung unter Gambetta die Einigkeit unter den Republikanern herstellen könne, aber zahlreiche von den Letztern nehmen Anstand, diesen Preis zu zahlen, weil sie davon neue Zugeständnisse an die Radikalen und eine gefährliche auswärtige Politik zu fürchten haben. Kurz, die Zerfetzung, welche der Parlamentarismus und die demokratischen Neigungen sowohl Grevys als Gambettas, sowie die egoistische Politik des Letztern über Frankreich gebracht haben, ist soweit vorgeritten, daß es außerordentlicher Anstrengungen bedürfen wird, um große Erschütterungen und eine baldige Katastrophe zu vermeiden, und zuletzt wird sich das Thierssche Wort bewähren: „Die Republik wird konservativ sein, oder sie wird nicht sein.“



## Debatten über die soziale Frage.



Bei den zahlreichen Versammlungen, welche im Laufe des verfloffenen Sommers und Herbstes an verschiedenen Orten Deutschlands getagt haben und welche eine mehr als vorübergehende Bedeutung beanspruchen, waren nur wenige, welche sich von einem Eingehen auf die soziale Bewegung fern hielten, wenigstens streiften sie dieselbe; wurde doch selbst dem Anthropologischen Kongreß zu Frankfurt auf einem spätern Kongresse das Verdienst zugeschrieben, er habe die Darwinische Descendenztheorie begraben. Und die Darwinische Descendenztheorie hat sicher